

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG
Gruppe Raumordnung, Umwelt und Verkehr
Abteilung Raumordnung und Gesamtverkehrsangelegenheiten
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion

Eing.: 27.02.2020

zu **Ltg.-700/V-7/70-2019**

— Ausschuss

RU7-A-11/194-2019

Beilagen

Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

E-Mail: post.ru7@noel.gv.at

Fax: 02742/9005-14950 Bürgerservice: 02742/9005-9005

Internet: www.noel.gv.at - www.noel.gv.at/datenschutz

Bezug

BearbeiterIn

(0 27 42) 9005

Durchwahl

Datum

Ltg.-700/V-7/70-2019

Mag. Thomas Fischer

14161

25.02.2020

Betrifft

Resolutionsantrag des Abgeordneten Dr. Michalitsch zur Gruppe 6 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2020, Ltg.-700/V-7-2019 betreffend Schieneninfrastrukturprojekte und Park & Rideanlagen in der Stadt-Umland-Region Wien – Niederösterreich; Ltg.-700/V-7/70-2019

Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Sinne der Resolution des Landtages von Niederösterreich vom 26. Juni 2019, Ltg.-700/V-7/70-2019, hat die NÖ Landesregierung sich an die Bundesregierung und an die Landesregierung der Stadt Wien gewendet.

Das Bundeskanzleramt hat mit Schreiben vom 4. September 2019, GZ.

BKA350.710/0216-IV/9/2019, folgende Stellungnahme übermittelt:

"Sehr geehrte Damen und Herren!

Ihr Schreiben vom 26. Juli 2019, mit dem Sie einen Beschluss vom 26. Juni 2019 betreffend „Schieneninfrastrukturprojekte und Park & Ride-Anlagen in der Stadt-UmlandRegion Wien – Niederösterreich“ vorlegen, wurde dem Ministerrat in seiner Sitzung am 4. September 2019 zur Kenntnis gebracht.

Daraufhin wurde dieser dem zuständigen Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie zur weiteren Veranlassung übermittelt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Pesendorfer e.h.

Elektronisch gefertigt"

Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) hat mit Schreiben vom 15. Oktober 2019, GZ. BMVIT-16.400/0040-I/PR3/2019, folgende Stellungnahme übermittelt:

"Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie beehrt sich zu Ihrem Schreiben vom 26. Juli 2019, Ltg.-700/V-7/70-2019, betreffend „Schieneninfrastrukturprojekte und Park & Ride-Anlagen in der Stadt-Umland-Region Wien – Niederösterreich“ Folgendes mitzuteilen:

Einleitend darf bemerkt werden, dass ein starkes öffentliches Verkehrsangebot aus Sicht des BMVIT eine zukunftsorientierte, ökologische und sozial verträgliche Art der Mobilität für die Österreicherinnen und Österreicher darstellt. Dabei spielt ein gut funktionierender öffentlicher Verkehr in Österreich eine wesentliche Rolle.

Die in der Resolution dargestellten Handlungsfelder sind dem ho. Ressort durchaus bewusst. Vor diesem Hintergrund wurde auch in der Klima- und Energiestrategie #mission2030 der Österreichischen Bundesregierung die Stärkung des Schienengebundenen Öffentlichen Verkehrs insbesondere in den Ballungsräumen als Ziel definiert.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Ausbau des Bahnnetzes in Österreich einer klaren Strategie folgt – dem Zielnetz 2025+ der ÖBB-Infrastruktur AG, welches schrittweise über die Rahmenpläne umgesetzt wird. Die Arbeiten für eine Weiterentwicklung des Zielnetzes, hin zu einem Zielnetz 2040 haben in Zusammenhang mit den ebenfalls laufenden Arbeiten für eine österreichweite Verkehrsprognose 2040 begonnen. Die Notwendigkeit und Priorisierung von über das Zielnetz 2025+ hinausgehenden Maßnahmen wird in diesem Zusammenhang erarbeitet.

Das BMVIT nimmt die in der Resolution angeführten Schwerpunktthemen und Prioritätensetzungen zur Kenntnis und wird diese in den eingerichteten Gremien und Prozessen evaluieren. Mit dem Amt der Niederösterreichischen Landesregierung findet auf technischer Ebene eine laufende Abstimmung zur Entwicklung der Eisenbahninfrastruktur in Niederösterreich über den sogenannten „Lenkungsausschuss Niederösterreich“ statt.

In der jüngeren Vergangenheit ist mit der 2017 abgeschlossenen Grundsatzvereinbarung über ÖBB-Infrastrukturmaßnahmen in Niederösterreich zwischen BMVIT, Land Niederösterreich und ÖBB-Infrastruktur AG sowie mit der diesbezüglichen ersten Zusatzvereinbarung vom März 2019 ein umfangreiches Arbeitsprogramm definiert worden. Hier hervorzuheben sind die geplanten Modernisierungen von Regionalbahnstrecken und der Franz-Josefs-Bahn aber auch weitere Untersuchungen zur Verbesserung des S-Bahn- und Regionalverkehrs in und um Wien.

Es sei versichert, dass sich das BMVIT im Rahmen seiner Möglichkeiten grundsätzlich für einen weiteren Ausbau der Kapazitäten im Großraum Wien einsetzt. Die Entscheidung, wann welche Maßnahmen gesetzt werden können, hängt neben technischen Rahmenbedingungen, wie der Dauer der Planungs- und Genehmigungsprozesse im Vorlauf zur Realisierung, aber vor allem auch von den Möglichkeiten der Finanzierung ab.

Für den Bundesminister:

Mag. Christa Wahrmann“

Auf Initiative des Landes Niederösterreich und nach erfolgten Verhandlungen im Sinne der Resolution des Landtages mit der Landesregierung der Stadt Wien, haben das Land Niederösterreich und die Stadt Wien den gemeinsamen Ausbau von 8 Park-and-Ride- und Bike-and-Ride-Anlagen im Südraum von Wien im Ausmaß von insgesamt 1.987 zusätzlichen PKW-Stellplätzen und 446 Fahrrad-Stellplätzen vereinbart. Das Land Wien wird in den Jahren 2021 bis 2025 insgesamt € 3,25 Mio. beitragen.

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung
DI S c h l e r i t z k o
Landesrat